



Antrag

der Fraktion der FDP

Schleswig-Holstein braucht starke Gesundheitsämter – Öffentlichen Gesundheitsdienst auch über 2026 hinaus verlässlich sichern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt fest, dass ein leistungsfähiger Öffentlicher Gesundheitsdienst (ÖGD) eine unverzichtbare Säule der gesundheitlichen Daseinsvorsorge ist. Gesundheitsschutz, Prävention, Kinder- und Jugendgesundheit, gesundheitliche Chancengerechtigkeit, die Versorgung vulnerabler Gruppen sowie die Vorbereitung auf Krisen- und Katastrophenlagen müssen im Flächenland Schleswig-Holstein mit Inseln und Halligen verlässlich funktionieren.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag stellt weiterhin fest, dass der Pakt für den ÖGD in Schleswig-Holstein einen erheblichen und erfolgreichen Beitrag zur personellen Stärkung, zur Digitalisierung, zur Modernisierung von Arbeitsstrukturen sowie zur fachlichen Weiterentwicklung des ÖGD geleistet hat. Diese Fortschritte dürfen nach dem Auslaufen befristeter Bundesmittel nicht verloren gehen. Die Öffentliche Gesundheit darf nicht von befristeten Sonderprogrammen abhängen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag kritisiert, dass die Bundesregierung den während der COVID-19-Pandemie gemeinsam von Bund und Ländern aufgesetzten Pakt für den ÖGD zum 31. Dezember 2026 auslaufen lässt, ohne bislang eine tragfähige Anschlusslösung vorzulegen. Der Verweis auf bereits bereitgestellte Bundesmittel, auf Zuständigkeiten von Ländern und Kommunen, auf verfassungsrechtliche Kompetenzfragen sowie auf die angespannte Haushaltssituation des Bundes wird der gewachsenen Bedeutung des ÖGD nicht gerecht.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag teilt die Sorge der Beschäftigten im ÖGD, dass das absehbare Auslaufen der Bundesfinanzierung die notwendige Verstärkung der durch den Pakt geschaffenen Stellen, fachlichen Kompetenzen und digitalen

Strukturen gefährdet. Das würde die Handlungsfähigkeit der kommunalen Gesundheitsämter erheblich schwächen. Schleswig-Holstein darf diese Entwicklung nicht hinnehmen, sondern muss auf Bundesebene eine gemeinsame Anschlusslösung einfordern und zudem rechtzeitig eigene Vorsorge treffen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf,

- vorrangig auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der ÖGD in einer gemeinsamen Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen auch nach dem 31. Dezember 2026 eine Sicherung der zwischenzeitlich gestärkten Strukturen erfährt,
- parallel unter enger Einbindung der Kreise und kreisfreien Städte spätestens bis zum Beginn der Beratungen zum Landeshaushalt 2027 ein ÖGD-Sicherungskonzept zu erarbeiten, das den Rückbau aufgebauter Stellen verhindern und die Arbeitsfähigkeit der Gesundheitsämter dauerhaft sichern soll und
- in diesem ÖGD-Sicherungskonzept gemeinsam mit den Kreisen und kreisfreien Städten insbesondere die finanziellen Auswirkungen eines Wegfalls der Bundesmittel transparent darzustellen, diese den weiteren Planungen zugrunde zu legen und ein tragfähiges Finanzierungsmodell mit gerechter Lastenverteilung zwischen Land, Kreisen und kreisfreien Städten zur dauerhaften Absicherung des ÖGD zu entwickeln.

Dr. Heiner Garg
und Fraktion